

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute kam die Topmeldung: **Peer Steinbrück wird SPD-Kanzlerkandidat**. Es ist eine große menschliche Stärke, dass Frank-Walter Steinmeier, mein hochgeschätzter Fraktionsvorsitzender, von sich aus angekündigt hat, nicht als Kanzlerkandidat zur Verfügung zu stehen. Die Troika mit Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück hat gezeigt: Wir haben in der SPD drei starke Personen, die es alle mit Merkel aufnehmen können. Steinbrück ist ein hervorragender Kandidat: Er ist der größte Experte, den wir in Deutschland haben, für die Bändigung der Finanzmärkte. Und er hat das nötige Charisma, das Angela Merkel fehlt.

Im Plenum wurde am Donnerstag die von der Bundesregierung **angestrebte Senkung der Rentenversicherungsbeiträge** von derzeit 19,6 auf 19,0 Prozent diskutiert. Die Regierung begründet dies mit den zur Zeit hohen Rücklagen der Rentenversicherung. Gesetzlich darf die Rentenversicherung nur das 1½-fache ihrer monatlichen Ausgaben als Rücklage haben. Wir Sozialdemokraten wehren uns dagegen, dass damit der Rentenversicherung verboten wird zu sparen. Es muss möglich sein, dass die Rentenversicherung in konjunkturell guten Zeiten, wie wir sie momentan haben, ansparen kann für Zeiten, in denen durch höhere Arbeitslosigkeit oder durch den demographischen Wandel weniger Einnahmen durch Beitragszahlungen fließen. Zudem brauchen wir finanzielle Rücklagen, um Altersarmut zu bekämpfen. Daher hat die SPD-Fraktion einen Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht, um der Rentenversicherung zu erlauben, Geld für schlechte Zeiten anzusparen. Zudem sprechen wir uns dagegen aus, jetzt den Rentenbeitrag zu senken. Mit einem Beitragssatz von 19,6 Prozent kann dieser voraussichtlich bis 2025 stabil gehalten



Berlin-Brief, Ausgabe 124
28. September 2012

Meine Termine

Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages

29.09.2012, 10 Uhr, Heilbronn, Bildungscampus

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg

19.09.2012, 11.30 Uhr, Wiesloch, Palatin

Nominierungskonferenz im Bundestagswahlkreis Heilbronn

11.10.2012, 19 Uhr, Heilbronn, Bürgerhaus Böckingen, Kirchsteige 5

Prominentenpredigt: „Hoffnung für alle“ bei der Ev. Kirchengemeinde Böckingen

14.10.2012, 9.30 Uhr, Heilbronn-Böckingen, Auferstehungskirche, Sonnenbergstraße 19

Fest der Kulturen der Diakonischen Bezirksstelle Weinsberg

14.10.2012, 13.30 Uhr, Weinsberg, Festplatz Grasiger Hag

Ausbildungsmesse der Initiative Berufabschluss – jungen Menschen eine Chance geben

19.10.2012, 15 Uhr, Heilbronn, Haus der Handwerks

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

werden. Wenn die Regierung dagegen den Satz auf 19 Prozent absenkt, müsste der Beitrag später schnell und stark steigen. Das ist keine nachhaltige Lösung. Wir sind für stabile Beitragssätze. Ich habe dazu im Plenum des Bundestages gesprochen. **Meine Rede finden Sie anbei.**

In der Fraktion haben wir lange und ausführlich über den Rentenentwurf von Sigmar Gabriel diskutiert. Mir sind dabei zwei Punkte besonders wichtig: Erstens dürfen wir bei der Diskussion über Betriebsrenten nicht aus dem Auge verlieren, dass wir uns **immer um Lösungen kümmern müssen, die alle Menschen in unserem Land erreichen**. Wir müssen dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich von Betriebsrenten profitieren, und wir müssen alternative Lösungen für diejenigen finden, die durch Betriebsrenten nicht abgedeckt sind. Für mich heißt dies: Die gesetzliche Rente muss die zentrale Säule der Alterssicherung bleiben. Zweitens müssen wir, wenn wir über die Rente diskutieren, im Blick haben, wie die heutige Arbeitswelt aussieht. **Denn nur wer gute Löhne erhält, wird später eine gute Rente bekommen**. Diese simple Logik ist bei der Bundesregierung leider noch nicht angekommen. Denn anders kann ich mir nicht erklären, dass Ursula von der Leyen zwar große Reden über Altersarmut schwingt, aber nichts tut, um endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

Bei der aktuellen Diskussion in der SPD sind noch viele Detailfragen offen, nicht zuletzt das Rentenniveau. In Partei und Fraktion werden wir noch viel darüber debattieren. Bei allen eventuellen Streitpunkten, die wir zum Thema Rente in unserer Partei haben, sollten wir aber nicht vergessen: **Wir dürfen nicht nur innerparteilich diskutieren, sondern müssen aufzeigen, warum das Konzept von Schwarz-Gelb nutzlos ist**. Denn nur wenige Menschen werden überhaupt die Voraussetzungen für die Zuschussrente erfüllen. Daher tut von der Leyen nur so als würde sie etwas gegen Altersarmut tun – de facto aber erreicht sie damit niemanden.

Am Dienstag hat **Peer Steinbrück** in der SPD-Fraktion sein **Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte** präsentiert. Wir müssen alles dafür tun, dass sich die Finanzkrise nicht wiederholen kann. Merkel agiert bei der Regulierung der Finanzmärkte im Zeitlupentempo. Steinbrück fordert, Geschäfts- und Investmentabteilungen von Großbanken wie der Deutschen Bank strikt zu trennen. Schattenbanken, wie beispielsweise Hedge-Fonds oder Finanzierungsgesellschaften, sollen ebenso strikt kontrolliert werden wie normale Banken. Durch die Einrichtung einer europäischen Ratingagentur wollen wir die Marktmacht privat wirtschaftender US-Ratingfirmen beschränken, deren Herabstufungen ganze Länder an den Rand des Ruins treiben können. Dies sind nur einige der Vorschläge, um eine weitere Finanzkrise zu verhindern. Wir werden diese spätestens ab 2013 in der Bundesregierung umsetzen!

Mit freundlichen Grüßen

